



Staatsanwaltschaft Hamburg

Der Leitende Oberstaatsanwalt

AUSLOBUNG

Zwei unbekannte Täter sind aufgrund der bisherigen Ermittlungen verdächtig, am 21.11.2014 in Hamburg die 75jährige Geschädigte L. in ihrer Wohnung in der Jürgensallee 70c gemeinschaftlich ausgeraubt und verletzt zu haben.

Am Tattag gegen 17.30 Uhr klingelte einer der Täter an der Haustür der Geschädigten und hielt zur Tarnung einen kleinen Pappkarton in Händen. Die Geschädigte öffnete die Haustür, da sie einen Apothekenboten erwartet hatte. In der Wohnung fesselte ein Täter die Geschädigte mit Kabelbindern und einem Gurt an Armen und Beinen. Zudem wickelte er silbernes Klebeband über Mund und Kopf. Der Mittäter durchsuchte zeitgleich das Haus und fand in einer Handtasche der Geschädigten einen Safeschlüssel. Aus dem Safe entwendeten die Täter etwa 20.000 € Bargeld sowie Schmuck im Wert von etwa 100.000.- €. Anschließend flohen sie mit dem Raubgut und ließen die Geschädigte gefesselt und geknebelt im Flur zurück. Sie wurde kurze Zeit später von dem tatsächlichen Apothekenboten und ihrem Nachbarn aufgefunden und befreit.

Zur Erlangung von sachdienlichen Hinweisen, die zur Ergreifung des Täters / der Täter führen, wird eine

Belohnung i.H.v. € 2.500,- (in Worten: zweitausendfünfhundert EURO)

ausgesetzt.

Die Belohnung ist ausschließlich für Privatpersonen bestimmt und nicht für Beamte, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen und/oder die Ergreifung von Straftätern gehört.

Sachdienliche Hinweise nehmen alle Polizeidienststellen,

das Hinweistelefon der Polizei Hamburg
unter der Telefonnummer 040 – 4286 - 50

oder das

Landeskriminalamt 124,
SG Intensivtäter – Jugend - Raub
Notkestraße 95
22607 Hamburg
Tel: 040 - 4286 71240
E-mail: LKAHH124@polizei.hamburg.de

sowie die

Staatsanwaltschaft Hamburg,
Gorch-Fock-Wall 15, 20355 Hamburg
Geschäftsstelle 8910 UJs
Telefon: 040 42843-1727
E-Mail: Poststelle-Staatsanwaltschaft@sta.justiz.hamburg.de

entgegen.

Die Zuteilung und Verteilung der Belohnung erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges.

Hamburg, den 20.05.2015

gez.

Dr. Brandt